

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Isabelle Tannous

Gleich zwei Dynamiken fordern die europäischen Entwicklungspolitik weiter heraus: Die Entwicklungshaushalte geraten in der Finanzkrise zunehmend unter Rechtfertigungsdruck.¹ Gleichzeitig wird spätestens mit den UN-Verhandlungen über eine Entwicklungsagenda für die Jahre nach 2015 offensichtlich, dass diese unter grundlegend anderen Vorzeichen stattfinden als noch bei Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele. Gab die OECD als „Club“ der reichsten Industrienationen die auf traditionelle Armutsbekämpfung ausgerichteten Millenniumsentwicklungsziele noch weitgehend im Alleingang vor, so hängt der Erfolg einer globalen Post-2015-Agenda heute maßgeblich von der Partizipation auch der so genannten neuen Geber ab. Vehement auf die Tagesordnung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit drängen Themen wie soziale Ungerechtigkeit, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit sowie globale öffentliche Güter, wozu Klimaschutz, Nahrungsmittelsicherheit und eine stabile Finanzarchitektur zählen.

Millenniumsentwicklungsziele ohne Zielgerade. Wie weiter nach 2015?

Die Erwartungen an eine Post-2015-Entwicklungsagenda sind hoch. Für die im Herbst 2013 angesetzte Überprüfung der UN-Millenniumsentwicklungsziele hat die EU-Kommission eine Debatte über eine globale Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 in Gang gesetzt.² In ihrer im Februar 2013 vorgelegten Mitteilung „Ein menschenwürdiges Leben für Alle“³ unterstützt sie unter Federführung von Andris Piebalgs das Anliegen einer globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda. Als neuer Referenzrahmen könnte diese, wie im Juni 2012 auf dem Rio+20-Gipfel vorgeschlagen und im Bericht des hochrangigen UN-Beraterremiums vom Mai 2013 vorgetragen, auch einen Katalog universal gültiger Nachhaltigkeitsziele enthalten. Die ehrgeizige Agenda sieht die Zusammenführung der *Millennium Development Goals* (MDGs) mit den *Sustainable Development Goals* (SDGs) vor.⁴ So soll das Ziel der Überwindung extremer Armut mit den Grundsätzen nachhaltiger Entwicklung verbunden und der Weg für eine umfassende Agenda der nachhaltigen menschlichen Entwicklung bereitet werden.⁵ Der Austausch der EU mit den Vereinten Nationen findet auf hochrangiger Ebene statt. So gehörte Entwicklungskommissar Piebalgs dem von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon einberufenen Hochrangigen Beobachtergremium an. Der stellvertretende UN-

-
- 1 Siehe Anne Lauenroth/Isabelle Tannous: Unter Rechtfertigungsdruck: Europas Schuldenkrise zwingt die Entwicklungspolitik zur strategischen Anpassung, in: Ronja Kempin/Marco Overhaus: EU-Außenpolitik in Zeiten der Finanz- und Schuldenkrise, SWP-Studie S09, April 2013, S. 30-39.
 - 2 Vgl. Europäisches Parlament, Policy Department: Study. Millennium Development Goals and Beyond 2015. A Strong EU Engagement, April 2013; Adam Moe Fejerskov/Niels Keijzer: Practice makes perfect? The European Union's Engagement in Negotiations on a Post-2015-Framework for Development, DIIS Report 2013:04.
 - 3 Europäische Kommission: Ein menschenwürdiges Leben für Alle: Beseitigung der Armut und Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für die Welt, KOM(2013) 92 final.
 - 4 Marianne Beisheim: Post-2015 Sustainable Development Goals. UN Negotiations Begin, SWP Comments 2012/C 36, November 2012.
 - 5 Führungsrat des Netzwerks „Lösungen für eine nachhaltige Entwicklung“ (SDSN): Eine Aktionsagenda für nachhaltige Entwicklung. Bericht für den VN-Generalsekretär, 6.6.2013.

Generalsekretär Jan Eliasson nahm im Mai 2013 am Rat der EU-Entwicklungsminister teil, als diese eine gemeinsame europäische Position für den Juni-Gipfel vorbereiteten.⁶

Spielräume für einen weitreichenden globalen Pakt, der über die traditionelle und häufig als unterkomplex erachtete Armutsbekämpfung hinausreicht, gelten als begrenzt.⁷ Grund dafür ist nicht nur das geringe Interesse seitens der Schwellenländer mit ihren rasch wachsenden Ökonomien. Es fällt den EU-Staaten in dem von der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägten politischen Klima schwer, aus dem nationalen Nebeneinander ihrer mehr oder weniger stark ausgeprägten Entwicklungspolitiken ein gemeinsames europäisches Miteinander zu gestalten – insbesondere dann, wenn es gilt über die Grenzen einer ODA-basierten Entwicklungszusammenarbeit hinauszudenken und das Bekenntnis zu mehr Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung ernstzunehmen.⁸

Streit um den EU-Haushalt und Programmierung der Außen- und Entwicklungshilfe

Auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise haben Vertreter von EU-Kommission und Mitgliedstaaten wiederholt erklärt, an ihren Selbstverpflichtungen festzuhalten und die ODA-Quoten (Official Development Assistance) bis 2015 auf 0.7 Prozent bzw. für die nach 2002 beigetretenen Mitgliedstaaten auf 0.33% des Bruttonationaleinkommens zu steigern.⁹ Einige EU-Staaten haben die vereinbarte Marke bereits heute erreicht (Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden) oder dies für 2013 angekündigt (Großbritannien). Die Mehrheit der EU-Staaten ist hingegen weit von dieser selbstauferlegten Zielvorgabe entfernt. Gravierende Einschnitte bei der Entwicklungshilfe haben vor allem jene Staaten vorgenommen, die von der Krise besonders stark betroffen sind (siehe Tabelle 1). Sie haben ihre Zahlungen seit 2009 kontinuierlich gekürzt, 2012 am stärksten Spanien und Italien mit 50 bzw. 35 Prozent. Im OECD-Durchschnitt sanken die bereitgestellten ODA-Mittel um 4 Prozent. Auch wenn die Musterschüler unter den EU-Gebern weitgehend an der Höhe ihrer Zuwendungen festhielten, meldete die OECD einen Einbruch von durchschnittlich 7,4 Prozent für die 15 EU-Staaten, die dem OECD-Entwicklungsausschuss angehören.¹⁰ Auf EU-Ebene blieb das Volumen der von der EU-Kommission verwalteten ODA-Mittel aufgrund der Mittelbindungen des mehrjährigen Finanzrahmens 2007-2013 weitgehend konstant.

Selbst wenn sie den selbstgesetzten Vorgaben nicht gerecht wird, in der Summe bleibt die EU weiterhin weltweit größter Geber. Allerdings haben die jüngsten Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020 gezeigt, wie angespannt die Lage bei den öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten ist. Im Februar 2013 lehnten die Staats- und Regierungschefs auf dem EU-Haushaltsgipfel die von der Kommission vorgeschlagene Budgeterhöhung für die europäische Außen- und Entwicklungshilfe ab und froren die Entwicklungsausgaben bis 2020 praktisch ein.

6 Agence Europe: EU position honed in post-2015 preparations, 29 May 2013. Council Conclusions, General Affairs Council: The Overarching Post 2015 Agenda, Luxembourg, 25 June 2013.

7 Vgl. Hackenesch, Christine/Heiner Janus: Post 2015: how emerging economies shape the relevance of a new agenda, DIE Briefing Paper 14/2013.

8 Der nächste, alle 2 Jahre erscheinende EU-Bericht über die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (Policy Coherence for Development, PCD) ist noch für 2013 angekündigt. Nach dem als schwach kritisierten Bericht aus dem Jahr 2009, der nicht von weiteren Rahmendokumenten begleitet wurde, versprechen sich insbesondere auch Nichtregierungsorganisationen eine Wiederbelebung der PCD-Agenda, <http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/policy-coherence/>.

9 Council Conclusions, Foreign Affairs Council: Annual Report 2013 to the European Council on EU Development Aid Targets, Brussels, 28 May 2013.

10 OECD: Aid to poor countries slips further as governments tighten budgets, 3 April 2013, www.oecd.org/dac/stats/aidtopoorcountrieslipsfurtherasgovernmentstightenbudgets.htm.

Tabelle 1: ODA-Mittel der Jahre 2011-2012, ODA-Prognose für 2015 und Finanzierungslücke der ODA-Zielvorgaben 2015

Member State	2011		2012		2015 estimates		2015 commitment		2015 financial gap	
	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI	EUR Million	% of GNI
Austria	799	0.27	865	0.28	1.347	0.40	2.361	0.70	1,014	0.30
Belgium	2,019	0.54	1,792	0.47	2,920	0.70	2,920	0.70	-	-
Bulgaria	35	0.09	30	0.08	56	0.13	146	0.33	90	0.20
Cyprus	28	0.16	20	0.12	29	0.17	55	0.33	26	0.16
Czech Republic	180	0.12	171	0.12	188	0.12	501	0.33	313	0.21
Denmark	2,108	0.85	2,115	0.84	2,258	0.84	2,685	1.00	427	0.16
Estonia	18	0.11	18	0.11	25	0.13	63	0.33	38	0.20
Finland	1,011	0.53	1,027	0.53	1,119	0.53	1,485	0.70	366	0.17
France	9,348	0.46	9,419	0.46	10,531	0.49	15,587	0.70	4,671	0.21
Germany	10,136	0.39	10,136	0.38	11,008	0.38	20,418	0.70	9,409	0.32
Greece	305	0.15	252	0.13	202	0.11	1,308	0.70	1,106	0.59
Hungary	100	0.11	93	0.10	104	0.10	335	0.33	231	0.23
Ireland	657	0.51	629	0.48	623	0.44	982	0.70	359	0.26
Italy	3,111	0.20	2,053	0.13	2,822	0.17	11,521	0.70	8,699	0.53
Latvia	14	0.07	16	0.08	19	0.07	84	0.33	66	0.26
Lithuania	38	0.13	40	0.13	44	0.12	119	0.33	76	0.21
Luxembourg	294	0.97	336	1.00	337	0.96	352	1.00	15	0.04
Malta	14	0.25	14	0.23	23	0.33	23	0.33	-	-
The Netherlands	4,563	0.75	4,298	0.71	4,161	0.64	4,581	0.70	420	0.06
Poland	300	0.08	341	0.09	613	0.15	1,347	0.33	734	0.18
Portugal	509	0.31	441	0.27	513	0.31	1,153	0.70	640	0.39
Romania	118	0.09	113	0.08	134	0.09	515	0.33	381	0.24
Slovak Republic	62	0.09	61	0.09	69	0.09	265	0.33	196	0.24
Slovenia	45	0.13	45	0.13	49	0.13	122	0.33	73	0.20
Spain	3,001	0.29	1,516	0.15	1,360	0.12	7,630	0.70	6,270	0.58
Sweden	4,030	1.02	4,078	0.99	4,748	1.00	4,748	1.00	-	-
UK	9,948	0.56	10,627	0.56	14,117	0.70	14,117	0.70	-	-
EU15 Total	51,839.96	0.44	49,563.90	0.41	58,450	0.46	91,847	0.72	33,397	0.26
EU17 Total	951.47	0.10	961.10	0.10	1,353	0.12	3,576	0.33	2,223	0.21
EU27 Total	52,791.43	0.42	50,525.00	0.39	59,803	0.43	95,423	0.69	35,620	0.26
EU Institutions	12,507		13,669							
<i>Of which:</i>										
Imputed to Member States	9,054		9,125							
Not Imputed to Member States	3,453	0.03	4,544	0.04						
Collective EU	56,244	0.45	55,069	0.43						

Quelle: Europäische Kommission: Publication of preliminary data on Official Development Assistance 2012, MEMO/13/299, 3 April 2013. Angaben der Mitgliedstaaten; die Zahlen für das Jahr 2012 sind im Fall Frankreichs eine Schätzung des DAC-Sekretariats, die grau unterlegten Zahlen sind Schätzungen der EU-Kommission.

Ob die Kürzungen für die Armutsbekämpfung von Schaden sein werden, hängt entscheidend davon ab, wie die weiterhin zur Verfügung stehenden Mittel tatsächlich regional als auch sektoral zugewiesen werden, und ob ein effizienter und wirksamer Mitteleinsatz gewährleistet werden kann. Die Ausgabenpraxis steht weiter in der Kritik, wobei der Europäische Entwicklungsfonds (EEF) bei Evaluierungen grundsätzlich besser abschneidet. Der Europäische Rechnungshof (EuR) kritisierte in seinen Sonderbericht insbesondere die EU-Budgethilfe mit deutlichen Worten. So führte EuR-Mitglied Karel Pinxten exemplarisch für Ägypten aus, dass der praktizierte „softly-softly approach“ nicht die gewünschten Resultate zeige.¹¹

Die Programmierung der europäischen Außen- und Entwicklungshilfe für die Jahre 2014-2020 ist durch den Haushaltsstreit in Verzug geraten, der sich auch negativ auf die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Außenhilfeinstrumente auswirkt. Dies gilt beispielsweise für das neue Partnerschaftsinstrument (PI), welches das Instrument für die Zusammenarbeit mit Industrieländern (ICI) ersetzen und u. a. dazu dienen soll, soziale Ungleichheiten in den Schwellenländern zu bekämpfen.¹² Vorläufige Aufstellungen für die Jahre 2014-2020 zeigen eine deutliche Erhöhung der Finanzierung sowohl für das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENI) wie auch das Partnerschaftsinstrument, gemeinsam könnten beide künftig mehr als 25% der Rubrik „Globales Europa“ des EU-Haushalts ausmachen.¹³

Für den weiterhin außerhalb des EU-Haushalts verbleibenden Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) konnte im Juni 2013 eine Einigung über die Höhe der zur Verfügung zu stellenden Mittel erzielt werden.¹⁴ Die Maßnahmen des EEF sollen künftig noch stärker die Bedürfnisse der ärmsten Länder berücksichtigen. Auch hier drängt die Zeit, schließlich sollen bis Ende 2013 die Mittel zugewiesen, die Prioritäten gesetzt sein. Dies ist umso dringlicher, als 11 der 15 EU-Staaten, die auch OECD-Mitglieder sind, ihre Hilfszahlungen für Subsahara-Afrika im zweistelligen Bereich gekürzt haben.¹⁵

Die EU setzt innerhalb der Gruppe der Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP) ein differenziertes Vorgehen fort. Eine gemeinsame informelle Arbeitsgruppe des Europäischen Auswärtigen Diensts (EAD) und der Generaldirektion ‚Entwicklung und Zusammenarbeit – EuropeAid‘ (Devco) über die Zukunft der AKP-Gruppe sieht ein Festhalten an der gegenwärtigen Form der EU-AKP-Zusammenarbeit nach 2020 als nicht notwendig an.¹⁶ Durch die stockenden Verhandlungen über die regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen haben die politischen Komponenten und Dialogforen der Cotonou-Zusammenarbeit massiv gelitten.¹⁷

‚Entwicklung‘ in der Überprüfung des diplomatischen Dienstes

Neben dem Streit um den EU-Haushalt wirkte sich auch die Etablierung des Europäischen Auswärtigen Diensts auf die Mittelprogrammierung für die Jahre 2014-2020 aus.¹⁸ Mittlerweile gilt die Zusammenarbeit zwischen dem diplomatischen Dienst und der EU-Kommis-

11 Vgl. The New York Times: European Union Audit Criticizes Foreign Aid Program, 19. Juni 2013; European Court of auditors: EU Cooperation with Egypt in the Field of Governance, Special Report No 4/2013.

12 Vgl. Mark Furness/Mario Negre: Kann die Europäische Union Ungleichheit in Entwicklungsländern bekämpfen?, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Analysen und Stellungnahmen 17/2012.

13 Council of the EU, Cover Note: Multiannual Financial Framework (2014-2020) - List of programmes, Brussels, 9 April 2013, 8288/13; vgl. Florian Krätke: From Purse to Policy to Practice. Six initiatives to future-proof EU development cooperation for 2014-2020 and beyond?, ecdpm No. 51, June 2013, hier S. 2.

14 Agence Europe: 11th EDF is adopted with €31.5 billion for 2014-2020, 8. Juni 2013.

15 Eloise Todd: Don't cut aid when we're on the cusp of achieving MDGs, Euractiv.com, 25. Juni 2013.

16 Vgl. Mirjam Van Reisen: Study on the Future Perspectives of the ACP Group. Executive Summary, May 2012.

17 Bisher ist die alle fünf Jahre stattfindende Revision des Cotonou-Abkommens von 2010 nicht vollständig ratifiziert worden.

sion insbesondere in den Bereichen Erweiterung und Nachbarschaft als weitgehend eingespielt. Nachbarschafts- und Erweiterungskommissar Füle wird nachgesagt de facto bereits als Stellvertreter der Hohen Repräsentantin Catherine Ashton zu agieren. Reibungsintensiver gestaltet sich das Verhältnis zwischen dem EAD und EU-Entwicklungskommissar Piebalgs. Doch auch hier zeigt sich das Bemühen, gemeinsam zu agieren.

Entsprechend pragmatisch dürfte die für das zweite Halbjahr 2013 angesetzte Überprüfung des Europäischen Auswärtigen Diensts verlaufen. Größere Umstrukturierungen, wie die von der Westerwelle-Gruppe vorgeschlagene Überführung der Portfolios ‚Nachbarschaft‘ in den EAD und einer engeren Anknüpfung von ‚Entwicklung‘ an den diplomatischen Dienst, dürften lediglich nebensächlich diskutiert werden. Das Europäische Parlament forderte im Juni 2012 zwar die strategischere Ausrichtung des Diensts, nahm von einer Übertragung weiterer Kompetenzen jedoch Abstand.¹⁹ Auch Catherine Ashton ging auf den Vorstoß der Außenminister, die sich in der Zukunftsgruppe um den deutschen Außenminister Guido Westerwelle zusammengefunden haben, nicht ein und betonte in ihrer Rede zur Überprüfung des EAD vor dem Europäischen Parlament insbesondere drei Punkte:²⁰ die europäische Nachbarschaftspolitik, die Stärkung des ‚Comprehensive Approach‘ und die Maßnahmen, bei denen das gemeinsame Agieren auf EU-Ebene tatsächlich einen Mehrwert verspricht und von den Staaten nicht alleine bewältigt werden kann.

Wünschenswert sind insbesondere weitere Reformen bei den als Erfolgsstory der Lissabonner Reformen geltenden EU-Delegationen, wo sich Loyalitätskonflikte, unklare Weisungsbefugnisse und Finanzverfahren besonders störend auswirken können. Seit der Dezentralisierung und der Verlagerung von Kompetenzen an die Verwaltungseinheiten vor Ort und der Aufwertung durch den Vertrag von Lissabon, nehmen die EU-Delegationen eine wichtige Rolle ein. Dies ist auch der Fall beim Joint Programming, durch das die Programmierung der Außen- und Entwicklungshilfe zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst, der Generaldirektion Devco, den Mitgliedstaaten sowie den Partnerländern besser koordiniert werden soll. Vor dem EP-Entwicklungsausschuss berichtete Ashton im Mai 2013, dass bereits mehr Erfolge beim Joint Programming vorzuweisen seien, als zunächst noch zu erwarten war. Bis 2014 soll das Joint Programming in rund 20 Staaten Anwendung finden; darüber hinaus erwartet die Hohe Repräsentantin in den nächsten vier Jahren die Aufnahme des Joint Programming bei der Zusammenarbeit mit über 40 Partnerländern.²¹

Weiterhin prägt das Thema Kohärenz die Debatte. Bereits bei Gründung des diplomatischen Diensts hatte Catherine Ashton deutlich gemacht, dass sie die Außen- und Entwicklungshilfe als integralen Bestandteil des Werkzeugkastens der EU betrachtet.²² Diesen Anspruch unterstrich sie erneut im Juni 2013, wobei sie explizit auch die Komponente der Verteidigung nannte.²³ Sie zollte damit auch der Kritik Rechnung, dass sie sich nicht ausreichend dem zivil-militärischen Komplex widme und griff entsprechend auch die französischen Vorschläge zur Reform des diplomatischen Diensts auf.

18 Siehe ausführlich Isabelle Tannous: The Programming of EU's External Assistance and Development Aid and the fragile Balance of Power between EEAS and DG DEVCO, in: *European Foreign Affairs Review*, 3/2013, S. 329-354.

19 European Parliament recommendation on the 2013 review of the organisation and the functioning of the EEAS (2012/2253(INI), Strasbourg, 13 June 2013.

20 Speech: HRVP Statement on EEAS Review, SPEECH/13/530, European Parliament, Strasbourg, 12 June 2013.

21 Remarks by EU High Representative Catherine Ashton to the DEVE Committee of the European Parliament, Brussels, 28 May 2013.

22 Speech to the European Parliament's foreign affairs committee, SPEECH/10/120, Brussels, 23 March 2010.

23 HRVP Statement on EEAS Review, SPEECH/13/530, European Parliament/Strasbourg, 12.06.2013.

Humanitäre Hilfe²⁴

Die Nähe und damit die Notwendigkeit der Koordinierung auch der humanitären Hilfe mit anderen Bereichen der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird besonders deutlich bei Konflikten in fragilen Regionen, wie der afrikanischen Sahelzone. Dabei steht die humanitäre Hilfe vor einer Gradwanderung: Zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und Reichweite ihres Engagements auf die Unterstützung anderer Politikbereiche zurückzugreifen, ohne sich dabei jedoch gleichzeitig instrumentalisieren zu lassen und ihren Prinzipien der Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit untreu zu werden.

Seit der Einrichtung von ECHO vor knapp 20 Jahren ist die Humanitäre Hilfe nicht nur im eigenen Selbstverständnis zu einem „Symbol der europäischen Solidarität“²⁵ geworden, sondern genießt auch im Ausland hohes Ansehen. Seit der Gründung von ECHO wurden insgesamt 14 Mrd. Euro bereitgestellt, um die Grundbedürfnisse von Menschen zu decken, die Opfer von Konflikten oder Naturkatastrophen geworden sind. Heute leistet die Generaldirektion für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz (ECHO) unter anderem Nahrungsmittel-, Katastrophen-, Flüchtlings- und Vertriebenenhilfe und wird von der Kommissarin Kristalina Georgieva geleitet. Im Rat der EU gibt es seit Anfang 2009 eine EU-Ratsarbeitsgruppe (COHAFA) mit eigenem Mandat für Fragen der humanitären Hilfe und Nahrungsmittelhilfe. Die Mitgliedstaaten der EU beraten in diesem Gremium strategische und operative Fragen und die Koordinierung ihrer Aktivitäten. Letztere ist insbesondere nötig, da ECHO nicht selbst in den Krisengebieten tätig wird, sondern auf Ersuchen der Kommission, von Nichtregierungsorganisationen, internationalen Organisationen, Mitgliedstaaten oder des Empfängerstaats Finanzhilfen an die rund 200 Partnerorganisationen leistet. Zu diesen zählen etwa Hilfsprojekte der Vereinten Nationen, des Internationalen Roten Kreuzes bzw. Halbmonds sowie zahlreiche Nichtregierungsorganisationen. 2011 wurden 50% der ECHO-Mittel durch Nichtregierungsorganisationen, 36% durch VN-Organisationen und 14% durch andere internationale Organisationen verwendet. Damit die Hilfe möglichst schnell bei den Betroffenen ankommt, unterhält die EU ein weltweites Netzwerk. Im Jahr 2012 waren über 300 Mitarbeiter am Hauptsitz in Brüssel und 145 Experten für humanitäre Hilfe und 293 lokale Mitarbeiter in 44 ECHO-Außenstellen weltweit tätig. Auch im Bereich der humanitären Hilfe bleibt Kohärenz ein wichtiges Thema. Funktionierende Frühwarnsysteme, eine schnelle Reaktionsfähigkeit und die Verknüpfung von Soforthilfemaßnahmen mit Instrumenten für eine längerfristige Konsolidierung und Entwicklung sollen mit dem im Mai 2013 aufgewerteten Notfallabwehrzentrum der EU gewährleistet werden.²⁶

Weiterführende Literatur

European Commission: Annual Report 2013 on the European Union's Development and external assistance policies and their implementation in 2012, COM(2013) 594 final.

European Report on Development 2013, Post-2015: Global Action for an Inclusive and Sustainable Future, Overseas Development Institute (ODI), German Development Institute/Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), European Centre for Development Policy Management (ECDPM), Brussels 2013.

Isabelle Tannous: The Programming of EU's External Assistance and Development Aid and the fragile Balance of Power between EEAS and DG DEVCO, in: European Foreign Affairs Review, 3/2013, S. 329-354.

24 Europäische Kommission: Jahresbericht über die Strategien der Europäischen Union für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz und deren Umsetzung im Jahr 2012, COM(2013) 658 final.

25 Europäische Kommission: Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 2012, Brüssel 2013, S. 170.

26 Emergency Response Center (ERC), <http://ercportal.jrc.ec.europa.eu/>.